

19.02.2013

## Brechen hilft sich selbst

Wie drückte es der BWG-Fraktionsvorsitzende Günter Rudloff leicht frustriert aus: "Wir stimmen dem Haushalt 2013 zu, weil er alternativlos ist." In seinem Redebeitrag vertrat er die Auffassung, dass die Gemeindevertretung jetzt und auch in den nächsten Jahren nur verwalten anstatt gestalten, also ihrem Auftrag nicht umfassend nachkommen könne.

Den ordentlichen Erträgen des Haushalts 2013 von 9,67 Millionen Euro stehen Aufwendungen von 10,46 Millionen Euro gegenüber, womit der Fehlbetrag bei rund 800 000 Euro liegt. Hinzu kommt ein Finanzmittelfehlbedarf im Finanzhaushalt von 132 335 Euro.

---

### Substanzerhalt

---

Auch die SPD-Fraktionsvorsitzende Theda Ockenga signalisierte Zustimmung zum Haushalt 2013. Auch sie setzte sich kritisch mit der mangelnden finanziellen Ausstattung der Gemeinde auseinander. Für Sebastian Frei und die CDU-Fraktion ist der Haushalt 2013 vom Erhalt der Substanz gekennzeichnet. Großprojekte seien nicht mehr drin, auch nicht in absehbarer Zeit. Trotz schmerzhafter Gebührenerhöhungen im letzten Jahr ergebe sich noch immer ein immenser Fehlbetrag. Es wäre dringend an der Zeit, dass die Kommunen nun endlich das von den Medien schon vor Monaten angemahnte Geld erhielten, damit sie überleben könnten. Für Frei zeichnen sich schon die kommenden Diskussionen ab, wenn die freiwilligen Leistungen (Vereinsförderung etc.) erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Gebührenerleichterungen und Zuschüsse würden wohl kaum zu halten sein. "Eine der schwierigsten Aufgaben des anstehenden Jahres kommt auf uns zu", so Frei, der für die anstehenden Diskussionen die Interessengruppen mit ins Boot holen will.

---

### Gebühren steigen

---

In fast allen Haushaltsstellen der Gemeinde seien die Gebühren zum Teil schmerzlich erhöht worden, so der FWG-Fraktionsvorsitzende Gerd Roos. Der Gebührenhaushalt der Friedhöfe stelle mit 25 Prozent Steigerung den Spitzenreiter in diesem Jahr. "Bei solch einer Gebührenexplosion kann man sich das Sterben bald nicht mehr leisten", meinte der Mediziner. Ausgespart sei bis dato nur die Gebührenerhöhung für Kindertageseinrichtungen und die Gemeinschaftseinrichtungen. Doch auch hier sei es voraussichtlich unumgänglich, Erhöhungen vorzunehmen. Aktuell werde jeder Kindergartenplatz von der Gemeinde mit 540 Euro/Monat bezuschusst. Wenn auch die Bundesregierung Millionenprogramme für Kindergarten-Bau-Investitionen beschließe, blieben die laufenden Kiga-Betriebskosten davon unberührt, die kontinuierlich den Haushalt belasten. Den Wünschen vieler Eltern, Kindergartenplätze gebührenfrei zu bekommen, wie dies im Landkreis vereinzelt praktiziert werde, könne die Gemeinde Brechen nicht nachkommen. "Es kann nicht unser Ziel sein, das Haushaltsdefizit weiter zu vergrößern, letztlich zahlungsunfähig zu werden, dann unter den Rettungsschirm des Landes zu schlüpfen, damit unsere ohnehin begrenzte Entscheidungshoheit komplett aufgeben, und am Ende dieses Prozesses dann doch nach Vorgabe des Landes die Kiga-Gebühren und darüber hinaus noch viele andere Gebühren zulasten der Bürger weiter drastisch erhöhen müssen", zeichnete er einen

unliebsamen "Kreislauf" nach.

---

## **Entscheidungsfreiheit**

---

Die FWG-Fraktion sehe im Erhalt eigener Entscheidungsfreiheit und finanzieller Unabhängigkeit und der Konsolidierung des Haushaltsdefizits als die wichtigste Aufgabe an, hinter denen viele wünschenswerte Projekte zurückstehen müssten. Aus diesem Grunde habe auch die FWG-Fraktion keine eigenen Anträge zum Haushalt gestellt. Aus den gleichen Gründen könne die FWG-Fraktion auch die Anträge zum Haushalt 2013 der BWG auf Ausbau der Talstraße bis zum TTC-Vereinsheim und der Beleuchtung der Ortseinfahrt nach Oberbrechen, dem Werschauer Sportverein auf eine Beregnungsanlage und dem Antrag der SPD-Fraktion auf zwei stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen im Bereich der Ortsdurchfahrt Niederbrechen nicht zustimmen.

Diese Ansicht wurde im Wesentlichen vom gesamten Gremium geteilt. Der Ausbau Talstraße und die Beleuchtung B 8 wurde je mit sechs Ja-, 16-Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt, ebenso die Beregnungsanlage (einstimmig) und die Geschwindigkeitsmessenanlagen (beide einstimmig).

---

© 2013 Nassauische Neue Presse